



Ausgabe November 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit befindet sich Deutschland in einer politischen Situation, die es so schlicht und ergreifend noch nie gegeben hat. Auch zehn Wochen nach der Bundestagswahl haben wir keine neue Bundesregierung. Die CDU unter Führung unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel war sich sofort nach der Wahl ihrer Verantwortung für stabile Regierungsverhältnisse zum Wohle von Deutschland zu sorgen bewusst und ist es bis zum heutigen Tag. Auch Europa, ja die ganze Welt blickt zwischenzeitlich mit Sorge ob dieser Entwicklung auf den bisher starken und verlässlichen Partner Deutschland.

Nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition durch das Aussteigen der FDP habe ich mit Fraktionskolleginnen und -kollegen einen „Appell an die Verantwortung“ entworfen. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns eine Verantwortung übertragen und diese, das hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sehr treffend formuliert, können wir nicht einfach wieder zurückgeben. Alle Parteien, auch die SPD, die sich noch am Wahlabend in die Oppositionsecke geflüchtet hat, sind verpflichtet, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Nach dem Gespräch der drei Parteivorsitzenden mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am gestrigen Abend ist die SPD-Führung nun bereit, weitere Gespräche mit der CDU und CSU zu führen, sofern der Bundesparteitag am 9./10.12. diesem Vorgehen zustimmt. Das würde bedeuten, dass ab dem 11.12. Gespräche in kleiner Runde stattfinden würden mit dem Ziel, Deutschland erfolgreich in den kommenden vier Jahren in einer Großen Koalition zu regieren. Die SPD-Führung ist also bereit, Verantwortung zu übernehmen, das ist ein wichtiges Signal.

In der Tat beschäftigen uns diese Entwicklungen in den vergangenen Wochen sehr stark und es fällt schwer, etwas Ruhe einkehren zu lassen. Trotzdem wünsche Ihnen, wünsche ich uns besinnliche Adventstage!

www.karin-maag.de

 **Karin Maag**

Appell an die Verantwortung

„Wählerauftrag heißt, Verantwortung für unser Land in Europa und in der Welt wahrzunehmen. Dazu brauchen wir eben Mehrheiten und auch eine handlungsfähige Regierung.“, mit diesem Statement hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Anknüpfung an die mahnenden Worte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier deutlich gemacht, worauf es in den kommenden Wochen ankommt: Wir Politiker müssen unser Mandat ernstnehmen.

Die Bundestagswahl hat ein Ergebnis hervorgebracht, das große Hürden vor eine Regierungsbildung stellt. Jamaika wäre für die Beteiligten eine Chance gewesen, um für stabile Verhältnisse zu sorgen und für die SPD, damit sie sich als stärkste Oppositionskraft neu aufstellen kann. Wir müssen aber akzeptieren, dass diese Variante an inhaltlichen Unterschieden sowie an

fehlendem Vertrauen gescheitert ist.

Das Grundgesetz macht deutlich, dass wir dadurch nicht von der Pflicht entbunden sind, Lösungen für die großen Themen zu finden, die unsere Gesellschaft bewegen. Wir müssen die möglichen Varianten nun offen und ernsthaft diskutieren. Dabei wird oft vom Wählerauftrag gesprochen. Wir glauben, dass gerade die Parteien, die schon einmal im Bund regiert haben, von ihren jeweiligen Wählern den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen haben.

Neuwahlen

Neuwahlen nach der Auflösung des Bundestages gem. Artikel 63 Absatz 4 unseres Grundgesetzes sind das letzte Mittel, von dem der Bundespräsident Gebrauch machen kann. Erst, wenn zwei Wahlgänge zum Bundeskanzler gescheitert sind und in einem dritten ein Kandidat nur die relative Stimmenmehrheit auf sich vereint, steht es in seinem Ermessen den Bundestag aufzulösen. Auch wenn es für alle Parteien ein gewisses Eingeständnis des Scheiterns wäre, fürchten wir keine Neuwahlen, denn die Union hat sich in den letzten Wochen geschlossen und konstruktiv gezeigt. Allerdings verbieten sich taktische Erwägungen aus Respekt vor den Wählerinnen und Wählern. Das Volk hat der Politik eine Aufgabe gestellt – diese Aufgabe kann man nicht unerledigt zurückgeben.

Minderheitsregierung

Im Raum steht immer wieder eine Minderheitsregierung unter Führung der Union mit oder ohne Koalitionspartner. Deutschland ist aber schwerlich mit den Ländern vergleichbar, in denen diese Konstellation Tradition hat. Oftmals tolerieren sich dort Parteien aus dem gleichen Lager, außerdem handelt es sich um Länder mit weniger komplexen föderalen Strukturen. Die Opposition würde die Regierung wie an einem Ring durch die politische Manege ziehen. Jede Zustimmung müsste teuer erkaufte werden. Gerade in Zeiten, in denen Frankreich Reformprozesse in der EU angestoßen hat, muss unser Land handlungsfähiger Taktgeber sein. Über die Lage bei unvorhersehbaren Situationen, wie während der Wirtschafts- und Währungskrise, ganz zu schweigen. So würde eine Situation entstehen, in der wir nicht nur innenpolitisch gelähmt, sondern auch in der Handlungsfähigkeit gegenüber anderen Staaten eingeschränkt wären. Überschattet würde das politische Geschehen davon, dass jede Partei ständig nach Exit-Strategien sucht, um Wahlen zu einem für sie günstigen Zeitpunkt zu provozieren. Zuverlässigkeit sieht anders aus.

Jamaika 2.0

Je nach Sichtweise sind die Jamaika-Sondierungen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen aus fehlendem Vertrauen oder aus programmatischen Unterschieden gescheitert. Der Respekt vor dem Wählervotum verlangt einen neuen Vorstoß über die Möglichkeiten einer Jamaika-Koalition zu sprechen. Wir sehen aber die Schwierigkeiten aufgrund der erneuten Absagen.

Große Koalition

Die drei Großen Koalitionen in der Geschichte Deutschlands haben unbestritten Gutes für unser Land bewirkt. Insofern wäre es konsequent und spräche für die Verlässlichkeit unseres politischen Systems, wenn wir diese Regierung erneut bilden. Die Kritiker eines solchen Modells warnen vor österreichischen Verhältnissen, wo beinahe jahrzehntelang die beiden großen Parteien im Verbund regierten. Letztlich muss diese Sichtweise gegen die Alternative von Neuwahlen abgewogen werden.

Inhaltlich müsste eine Neuauflage der bisherigen Regierung von Lösungen für die großen Themen Migration, Mobilität und Klimaschutz, Digitalisierung, Sozialem mit Rente und Pflege sowie der Zukunft der EU geprägt sein. Gleichzeitig müssten sich Union und SPD in einer neuen Großen Koalition auf die Zeit nach 2021 vorbereiten. Wir brauchen heute auf der einen Seite Verlässlichkeit und Stabilität im Hinblick auf die Herausforderungen in Europa und gleichzeitig auch eine Diskussion über die politische Ausrichtung und Erneuerung. Das bedeutet eine inhaltliche und personelle Profilierung der CDU, die nach außen das gesamte Spektrum unserer Partei sowie unser Zukunftspotenzial mit starken Köpfen sichtbar macht. Die SPD müsste dieses Mal die Kraft aufbringen stärker darzulegen, welche Themen sie eben gerade nicht mit der Union durchsetzen kann – damit wäre auch für Abgrenzung gesorgt, denn trotz einer konstruktiven Arbeit in der Regierung ist eine differenzierende Debatte möglich. Auch in einer Großen Koalition müssen die Partner ihren jeweiligen Markenkern erhalten und sie stehen weiter miteinander in einem Wettbewerb um die besten Konzepte

Auch die anderen Parteien könnten hinsichtlich Stabilisierung und Neuausrichtung profitieren.

Wir bitten für diesen Weg um Unterstützung!



Am 25. November war der Internationale Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen“. Dazu habe ich in einer Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt:

„Die Mahnung des Internationaler Tages ‚NEIN zu Gewalt an Frauen‘ bleibt wichtig: In den letzten Jahren haben wir für den Schutz von Mädchen und Frauen vor sexueller Gewalt in unserem Land sehr viel erreicht. Das Prostituiertenschutzgesetz, bessere Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution und die Reform des Sexualstrafrechtes haben die sexuelle Selbstbestimmung erheblich gestärkt. Die mutigen und erschreckenden Berichte der Initiative #me too belegen aktuell, wie wichtig es war, die strafrechtlichen Lücken beim Straftatbestand der sexuellen Belästigung zu schließen. Seit Einführung des § 184i StGB ist die sexuelle Belästigung als solche eindeutig strafbar. Die CDU/CSU-Fraktion verfolgt aufmerksam, dass entsprechende Sexualdelikte konsequent geahndet und die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Daneben bleibt weiterhin wichtig, zu sensibilisieren und präventive Maßnahmen zu ergreifen: Sexuelle Belästigung ist kein Kavaliersdelikt. Sexuelle Gewalt gegen Frauen können wir in keinem einzigen Fall hinnehmen.

Bei all den Verbesserungen in unserem eigenen Land muss unser Blick auf die Mädchen und Frauen gerichtet bleiben, die weltweit grausamer sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Der Einsatz gegen sexuelle Gewalt ist auch ein zentrales Anliegen wertebasierter auswärtiger Politik. Auch die künftige Regierung muss und wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um in ihrer auswärtigen Politik die Rechte und den Schutz gerade besonders verletzlicher Mädchen und Frauen zu stärken. Der Fünf-Punkte-Plan von Entwicklungsminister Gerd Müller bringt hierzu weitere wichtige Schritte auf den Weg. Die Weltgemeinschaft hat Verantwortung beispielsweise für die jesidischen Opfer der Terrormiliz IS oder die nigerianischen Mädchen, die von Boko Haram entführt wurden. Ihr Schicksal darf uns nicht kalt lassen. An diese Mädchen und Frauen müssen wir daher am Internationalen Tag ‚NEIN zu Gewalt an Frauen‘ besonders denken.“



500 Jahre Frauengeschichte(n) in Bad Cannstatt

Mein Grußwort gab mir Gelegenheit, als eine der ersten Besucherinnen die spannende Ausstellung „Cannstatter Frauengeschichte(n) aus fünf Jahrhunderten – Arbeitswelten, Emanzipation, Politik und Religion“ im Stadtmuseum Bad Cannstatt anzusehen. In den fünfzig Biographien von Frauen, die seit 1517 in Cannstatt geboren wurden oder gelebt haben, wird anschaulich, wie lange der Weg zur Emanzipation war (und zumindest teilweise auch weiterhin ist). Der Blick auf die vorgestellten Frauen aus den verschiedenen Lebenswelten, so Unternehmerinnen, Theologinnen, Arbeiterinnen, Politikerinnen und Familienfrauen hat auch mir neue Aspekte der Stadtgeschichte eröffnet, die ich so bislang nicht kannte. Eines ist den Frauen, die vorgestellt werden, gemeinsam, auch wenn sie durch Jahrhunderte getrennt sind: Sie alle haben Geschichte geschrieben! Toll, dass das Cannstatter Museum an sie erinnert. Einen Besuch der Ausstellung, die bis zum 15. April zu sehen ist, kann ich Ihnen nur wärmstens empfehlen!



Chronischer Schmerz ist eine Volkskrankheit: insgesamt ca. 3,4 Mio. Patientinnen und Patienten in Deutschland leiden mittlerweile darunter. Deshalb war ich zu Gast bei der „Europäischen Gesellschaft zur Erforschung und Behandlung von Chronischen Schmerzen e. V.“ in Stuttgart und sprach dort mit Betroffenen und Experten über die politische Arbeit zu dieser Thematik im Bundestag und darüber, welche Rolle das Thema „Schmerz“ in der Gesundheitspolitik spielt. Gerade dieser Austausch ermöglicht es mir in meiner Arbeit auf besondere Bedürfnisse einzugehen. Daher möchte ich mich ganz herzlich für die Veranstaltung bedanken!



Ich finde, es ist eine schöne Tradition, dass jedes Jahr in der Adventszeit die Lebenshilfe einen prachtvoll geschmückten Weihnachtsbaum an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags übergibt . Es ist ein Dank für den Einsatz für die Belange von Menschen mit Behinderung .



Landesrabbiner i.R. Joel Berger geehrt

Mit der Verleihung der Bürgermedaille der Landeshauptstadt Stuttgart wurde der ehemalige Landesrabbiner Joel Berger geehrt. Die Verdienste von Joel Berger aufzuzählen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Seine Verdienste um die Verständigung der Religionen müssen aber gerade in der heutigen Zeit genannt und entsprechend gewürdigt werden. Gerne habe ich meine Glückwünsche persönlich überbracht.



Tag des Eigentums in Stuttgart in der Liederhalle

Als Mitglied des Vereinsausschusses bei Haus & Grund Stuttgart ein fester Termin im Jahreskalender. Auch dieses Jahr konnte der Vorsitzende von Haus & Grund Stuttgart, Bürgermeister a.D. Dr. Klaus Lang wieder mehr als 1.000 Gäste in der Stuttgarter Liederhalle begrüßen. Er forderte nicht nur die Senkung der Grundsteuer, sondern insbesondere von der Stadt Stuttgart eine fundierte Bedarfsermittlung was an Wohnraum in den kommenden Jahren benötigt wird. Stuttgart muss, so die einhellige Meinung, eigentumsfreundlicher werden!



Goldener Volltreffer 2017 für Hans-Peter Grandl – Herzlichen Glückwunsch

Der bekannte Festwirt Hans-Peter Grandl (Grandls Hofbräuzelt) wurde vom Präsident der Prominenten-Kicker Dr. Nikolaus Schleicher geehrt. Zurecht, denn Hans-Peter Grandl hat nicht nur maßgeblich zur tollen Entwicklung des Cannstatter Volksfests beigetragen, sondern engagiert sich auch für den Naturschutz, unter anderem für die Wiederaufforstung von abgeholzten Tropenwäldern. Glückwünsche aber auch an die starke und unterstützende Frau an seiner Seite, Biggi Bernhardt.



Ursula Ida Lapp und Tobias Rehder aus Stuttgart ausgezeichnet

Die Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg als Würdigung um die Verdienste der Wirtschaft in Baden-Württemberg wurde dieses Jahr an Ursula Ida Lapp, die zusammen mit ihrem Mann den Grundstein für die zwischenzeitlich weltweit tätig Firma Kabel Lapp gelegt hat, und aus meinen Wahlkreis an Tobias Rehder verliehen. Tobias Rehder ist Geschäftsführer der Firma Türenmann mit Sitz in Feuerbach, die seit 40 Jahren erfolgreich im Bereich Türen und Fenster unterwegs ist. Herzlichen Glückwunsch, ich bin stolz, solche Firmen in Stuttgart zu wissen!



Adventsfeier bei der CDU Untertürkheim

Bewusst frühzeitig vor den vielen Adventsverpflichtungen hatte die Vorsitzende der CDU Untertürkheim, Andrea Mathiasch, zur Adventsfeier in den Stoighofbesen in Untertürkheim eingeladen. Dabei konnten die recht warmen Temperaturen an diesem Tag der vorweihnachtlichen Stimmung keinen Abbruch tun. Für mich eine gute Gelegenheit, um der Untertürkheimer Bezirksgruppe für die Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr zu danken!

Gedenkfeier für Polizistinnen und Polizisten

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Polizeifreiwillige in Baden-Württemberg sorgen täglich für unseren Schutz, oft auch unter Einsatz ihres eigenen Lebens. Diesen Opfern haben wir am vergangenen Sonntag in der Heurittelhofkirche gemeinsam mit dem Innenminister von Baden-

Freitag, 1. Dezember 2017 - 19:30

Jubiläums-Benefizgala bei Möbel Hofmeister

Weihnachtszelt, Krichheimer Str. 5, Bietigheim-Bissingen

Samstag, 2. Dezember 2017 - 11:00

Weihnachtsmarkt Zazenhausen

Vor Nazariuskirche, Pleibelstr. 2, Stuttgart-Zazenhausen

Samstag, 2. Dezember 2017 - 12:15

Weihnachtsmarkt Münster

Schulhof Elise von König Schule, Nagoldstr. 1, Stuttgart-Münster

Samstag, 2. Dezember 2017 - 13:30

Weihnachtsmarkt Obertürkheim

CDU Stand (Stand Nr. 28, Ausgburger Str. 673, Stuttgart-Obertürkheim

Samstag, 2. Dezember 2017 - 15:00

Eröffnung: Weihnachtsmarkt Weilimdorf

Am Löwenmarkt, Stuttgart-Weilimdorf

Dienstag, 5. Dezember 2017 - 20:15

Benefizkonzert des Chors Gospel im Osten

Kirche St. Maria, Tübinger Str. 36, Stuttgart

Mittwoch, 6. Dezember 2017 - 09:40

Gespräch mit Schülerinnen und Schüler des Württemberg Gymnasium

Lindenschulstraße 20, Stuttgart-Untertürkheim

Montag, 18. Dezember 2017 - 16:00

5 Jahre Stiftung L(i)ebenswert

Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Stuttgart

Dienstag, 19. Dezember 2017 - 13:30

Besuch im Haus des Dokumentarfilms

Teckstr. 62, Stuttgart-Ost

Dienstag, 19. Dezember 2017 - 16:30

Verkauf bei Aktion "Weihnachtsmann & Co." e. V.

Weihnachtsmarkt, Schlossplatz, Stuttgart

Dienstag, 19. Dezember 2017 - 18:30

Glühweinausschank am Aidshilfestand

Rückseite des Rathauses, Nadlerstr., Stuttgart-Mitte

Donnerstag, 21. Dezember 2017 - 17:00

Glühweinverkauf beim Stand "Stuttgarter Hüttenzauber" zu Gunsten von F.U.N.K. e.V.

Stuttgarter Weihnachtsmarkt, Dorotheenstr., Stuttgart

Samstag, 23. Dezember 2017 - 18:00

Benefizkonzert zu Gunsten von (I)NTACT mit Gudrun Kohlruss

Matthäuskirche, Erwin-Schöttle-Platz, Stuttgart-Heslach

Herausgeber: Karin Maag MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Tel: 030 227-71688 · Fax: 030 227-76984 · www.karin-maag.de · karin.maag@bundestag.de
Alle Newsletter finden Sie [hier](#).

[Klicken Sie hier](#) um sich aus dem Verteiler abzumelden.